

Überlegungen zu den Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen

Michael Frank, 03. September 2009 www.michael-frank.eu

Am 30. August 2009 sind im Saarland und auch in Thüringen und Sachsen Landtagswahlen. Hier haben sich Umfragen zufolge die Mehrheitsverhältnisse teilweise verschoben. Ich möchte kurz darstellen welche Perspektiven sich dadurch für sozialdemokratische Politik ergeben und eine Empfehlung für mögliche Handlungsoptionen geben.

Betrachten wir zunächst das Saarland. Hier steht laut Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen vom 21.08.2009 die CDU bei 36 % und die FDP bei 9 %, zusammen 45 %. SPD (26 %), Grüne (6 %) und Linke (16 %) kämen zusammen jedoch auf 48% und wären somit in der Mehrheit. Weitere Parteien werden vermutlich nicht in den Landtag einziehen.

Es bleibt festzuhalten, dass die CDU hier massiv Rückhalt verloren hat, aufgrund einer Politik die nicht den Menschen dient. Vergleicht man die Ergebnisse mit der letzten Landtagswahl (47,5 %), so lässt sich ein Stimmenrückgang von 11,5% konstatieren. Die SPD hat sich hier durchaus stabil gehalten, aber dennoch 4 % im Vergleich zur letzten Landtagswahl (30%) eingebüßt. Oskar Lafontaine hat es im Saarland geschafft die Linke aus der politischen Bedeutungslosigkeit hin zu dauerhaft zweistelligen Ergebnissen zu führen. Mit 16 %+X dürften in jedem Falle zu rechnen sein. Der erste Sturm scheint sich jedoch für die Linkspartei gelegt zu haben, denn vor einem Jahr stand man in den Umfragen noch bei 24%. Die Bürger scheinen verstanden zu haben, dass es in der Linken wie in anderen Parteien auch Menschen gibt, die unrealistische Versprechungen machen.

Die beiden Spitzenkandidaten Heiko Maas und Oskar Lafontaine kennen sich gut und scheinen durchaus trotz der parteipolitischen Konkurrenz einen fairen Umgang zu pflegen. In einigen Wahlkreisen gibt es Koalitionen zwischen Linkspartei und CDU. Eine rote Socken-Kampagne kann sich die Saar-CDU demnach nicht leisten und bei den Inhalten wirkt Ministerpräsident Müller eher blass.

Fakt ist: Durch die Anwesenheit der Linken wurde die Hegemonie der CDU im Saarland gebrochen. Der Sozialdemokratie hat dies hier nur partiell geschadet. Die seit 1999 stramme CDU-Mehrheit ist demnach auf längere Zeit weg.

Schaut man sich die Tätigkeit von der von den Grünen zur Linken übergetretenen Abgeordneten Barbara Spaniol im Landtag an, so stellt man schnell fest, dass sie viele sozialdemokratische Programmpunkte artikuliert hat, die offenbar auch von den Grünen geteilt werden. Auch die Landes-Liste der Linken im Saarland ist mit Leuten besetzt die sehr moderat sind und bereits einige politische Erfahrung haben. Hier kann man sicher nicht behaupten, dass es sich um Extremisten handelt. Mehrheiten für rot-rot-grün sind absehbar. Was spricht gegen eine solche Zusammenarbeit? Eigentlich Nichts.

Aus meiner Sicht bleibt es zu hoffen, dass die beteiligten Akteure in den Fraktionen im saarländischen Landtag zu einer Zusammenarbeit finden, denn es spricht grundsätzlich nichts gegen ein rot-rot-grünes Bündnis, außer dass das der CDU nicht gefällt. Im Gegenteil: Eine solche Koalition könnte einen politischen Wechsel dokumentieren und wichtige Akzente setzen: Sie könnte die Studiengebühren abschaffen, sonst deutlich mehr im Bildungsbereich tun und einige Gemeinschaftsschulen einführen. Nach dem Vorbild von rot-rot in Berlin könnten soziale

Leistungen durch die öffentliche Hand ausgeweitet und öffentliche Unternehmen stabilisiert und ausgebaut werden. Und nicht zuletzt wäre der Einfluss im Bundesrat nicht zu unterschätzen.

Mit Heiko Maas als Ministerpräsident und möglicherweise Oskar Lafontaine im Kabinett. Das wäre durchaus vorstellbar. Eine solche Regierung scheint offenbar den Umfragen nach dem Wählerwillen zu entsprechen und es gibt grundsätzlich keinen Grund ein solches Bündnis nicht auch anzustreben, wenn eine klare Mehrheit dafür da ist.

Kommen wir zum Bundesland Thüringen. Auch hier sehen die Umfragen eine mögliche rot-rot-grüne Koalition mit 48% in der Mehrheit vor CDU (35 %)/FDP (10%) mit 45%

Die SPD hat es hier nur mühsam geschafft sich zu etablieren und steht bei 18 %. Für DIE LINKE. ist Thüringen mit 25% eine absolute Hochburg, die seit Jahren stabil ist. Die Grünen sind mit Engagement mit Sicherheit über der 5%-Hürde. Ein pikantes Detail ist jedoch: Hier müsste die SPD eine Junior-Koalition mit der Linken eingehen um an einer Regierung beteiligt zu sein und müsste den demokratischen Gepflogenheiten nach ebenso wie die Grünen einen Linken zum Ministerpräsidenten wählen. Diese Tatsache birgt bundespolitischen Sprengstoff für die Große Koalition.

Es sollte jedoch klar sein: Wenn eine demokratische Mehrheit dies so entscheidet, dann sollte die Sozialdemokratie hier aus Gründen der Glaubwürdigkeit ihre Koalitionsentscheidung von inhaltlichen Programmpunkten abhängig machen und nicht von Zahlenspielen

Die Linke in Thüringen ist ebenso wie die SPD durchaus personell gut aufgestellt. Es gibt haufenweise programmatische Schnittpunkte. Radikale sind hier genauso in der Minderheit wie in der SPD auch, im übrigen tummeln sich die meisten extremistischen Sektierer in der Linken ohnehin jetzt in Hessen und NRW, weil sie aufgrund der geringen Mitgliederzahl nur noch dort ernsthaft Mehrheiten organisieren und die Mandate besetzen können.

Christoph Matschie betreibt Politik mit viel persönlichem Engagement und Leidenschaft und wäre ein guter Ministerpräsident für Thüringen. Der Kandidat der Linken ist aber auch kein Extremist, sondern ein Demokrat. Diese Entscheidung muss der Wähler treffen. Im Falle des Falles muss die Sozialdemokratie hier einfach über den historischen und ideologischen Schatten springen und den Wählerwillen respektieren und nicht aus bundespolitischen Erwägungen ihre eigenen landespolitischen Ziele aufgeben, denn genau das ist es, was die Misere der Ost-SPD speziell in Thüringen und Sachsen ausmacht.

Wer sich in der großen Koalition im Bund von Frau Merkel einspannen lässt, der sollte eine Zusammenarbeit mit der Linken in Thüringen allemal prüfen. Klar ist: Wer einen politischen Wechsel will, der muss auch zu Kompromissen bereit sein, das gilt sowohl für die Linke als auch für die SPD. Als permanenter Juniorpartner der CDU hat die Ost-SPD ohnehin keine dauerhafte Perspektive, weil mit dieser Bremsen-Partei zu viele Inhalte einfach nicht umgesetzt werden können. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben vorgemacht, dass rot-rote Bündnisse mit stabilen Mehrheiten für eine fortschrittsorientierte Politik sorgen können. Rot-rot-grün in Thüringen könnte das auch.

In Sachsen zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Hier ist eine absolute Hochburg der CDU, die in den letzten Umfragen bei 42 % steht. Die FDP liegt hier im Aufwind bei 11 %. Die Grünen liegen hier bei 6 % und sind somit relativ sicher im Landtag. Die SPD jedoch ist hier mit 11% wirklich nicht zu beneiden. Als Partei der Mitte ist sie in Sachsen offenbar über lange Zeit nicht ausreichend

erfolgreich gewesen. Die SPD hatte seit 1990 bei Wahlen nie mehr als 19,1%. Folglich muss die SPD in den ostdeutschen Bundesländern einen völlig neuen politischen Ansatz wagen und aus den Misserfolgen Lehren ziehen. Die Programminhalte sind hier durchaus gut, nur scheint die Kommunikation zur Wählerschaft das Problem zu sein. Wenn die SPD sich aber kompromissbereit zur Koalition in Thüringen zeigt und in Sachsen ihr Profil in den nächsten Jahren schärft, sind auch hier bis zur nächsten Landtagswahl linke Mehrheiten erreichbar. Jedoch setzt dies die Bereitschaft zum Umdenken voraus!

Besonders unangenehm ist, dass offenbar auch die faschistische NPD wieder in den sächsischen Landtag einzieht. Das muss bis zum Wahltag unbedingt noch verhindert werden. Dazu haben alle demokratischen Parteien die Pflicht. Ein Verbot der NPD sollte man daher auch weiterhin ernsthaft in Betracht ziehen.

Fazit: Linke Bündnisse auf Länderebene sind im Saarland und in Thüringen greifbar nahe. Sie wären für die Menschen in Bezug auf viele Politikbereiche die wesentlich bessere Alternative. Durch eine solche Zusammenarbeit in diesen beiden Ländern könnte man auch im Bundesrat für andere Mehrheiten sorgen und der bremsenden Kanzlerin Druck machen.

In Sachsen schaffte es die SPD bisher noch nicht sich aus der Isolation zu befreien. Der sächsische Landesverband ist also derjenige, der die meiste Unterstützung von der Bundesebene benötigt. Inhaltlich hat die SPD hier sehr viel zu bieten und keinen Grund sich zu verstecken. Neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik setzen hier jedoch einen politischen Kurswechsel in Ost-Deutschland voraus.